

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 29. November 2018 · Nr. 278 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70



ARKTIKUGOL BY LÉO DELAFONTAINE ©EDITIONS 77

Russischer Vorposten im Permafrost

Auf der Insel Spitzbergen, die unter norwegischer Verwaltung steht, baut ein russischer Staatskonzern Kohle unter arktischen Bedingungen ab. Stromgeneratoren und Heizungen der Bergarbeiter allein fressen einen Viertel der Fördermenge weg. Zwei von drei Bergwerken sind denn auch bereits geschlossen. Die Plattenbauten von Pyramiden (im Bild) zeugen von zerplatzten Expansionsträumen. *International, Seite 9*

FDP-Spitze verlangt einstimmig den Rücktritt von Pierre Maudet

Der Genfer Regierungsrat will sich der nationalen Parteiführung nicht beugen

CHRISTOF FORSTER, BERN

Das Tischtuch zwischen der FDP Schweiz und dem Genfer Regierungsrat Pierre Maudet ist definitiv zerschnitten. Der Parteivorstand fordert Maudet zum Rücktritt auf. Der Entscheid sei einstimmig erfolgt, sagte Parteipräsidentin Petra Gössi am Mittwochabend. Zuvor hatte der Vorstand Maudet zu seiner Affäre befragt. Er sollte die Hintergründe seiner umstrittenen Reise nach Abu Dhabi erklären. Maudet habe nichts Neues gesagt, was wieder zu einem Vertrauensverhältnis zwischen ihm und der FDP Schweiz hätte führen können, sagte Gössi: «Er hat heute auch nicht aktiv dazu beigetragen, dieses wiederherzustellen.»

Maudet verweigert Unterschrift

In dieser Situation blieb der nationalen Parteiführung nur noch die Aufforderung zum Rücktritt. Diesen Schritt hatte Gössi vergangene Woche bereits vorgezeichnet, indem sie Maudet indirekt dazu aufrief, sein Amt niederzulegen. Niemand habe auch nur im Ansatz erwogen, Maudet nicht zur Demission zu bewegen, sagte am Mittwoch ein Sitzungsteilnehmer. Gössi teilte dem Genfer nach der Sitzung den Entscheid des Vorstands telefonisch mit. Der Vorstand habe eine politische Wertung vorgenommen, präzisierte sie vor den Medien. Was das juristische Verfahren anbelange, gelte für Maudet weiterhin die Unschuldsvermutung. Gegen den Genfer Regierungsrat läuft ein Strafverfahren.

Maudet habe die Werte der FDP Schweiz mit Füßen getreten, sagte die Parteipräsidentin. Sie verstehe sein Verhalten nicht. In den letzten Tagen hatte er die Parteileitung zusätzlich verärgert, weil er auf die Einladung nach Bern zuerst mit einer Absage reagiert hatte. Er habe ein Katz-und-Maus-Spiel getrieben, ist zu hören. Möglicherweise hat der Entscheid des Genfer FDP-Präsidiums, nun doch Stellung zu beziehen und Maudet zum Rücktritt aufzufordern, dazu beigetragen, dass der Regierungsrat der Aufforderung der FDP Schweiz doch noch nachgegeben ist. Alexandre de Senarcens, der Präsident der Genfer FDP, war ebenfalls nach Bern eingeladen worden.

Zu Beginn der Sitzung in Bern weigerte sich Maudet, eine «Ehrlichkeitsklärung» zu unterzeichnen. Die NZZ hatte Einblick in das Papier. Darin sollte er sich zu «uneingeschränkter Zusammenarbeit mit dem Vorstand der FDP Schweiz» verpflichten sowie dazu, die «Wahrheit darzulegen und eigenverantwortlich auf alle Sachverhalte und Umstände» hinzuweisen. Maudet soll seine Weigerung damit begründet haben, dass er die Erklärung nicht im Voraus erhalten habe. Zudem liege sie nur in deutscher Sprache vor. Sein Nein trug nicht dazu bei, den Graben zwischen ihm und der Parteispitze zu verkleinern.

Es war offenkundig, dass sich Maudet und die FDP Schweiz auf unterschiedlichen Planeten bewegen. Nach der Diskussion mit dem Parteivorstand gab Maudet gegenüber den wartenden Journalisten in Bern eine Erklärung ab. Man müsse

in der Krise einen kühlen Kopf bewahren, sagte er selbstbewusst. Und weiter: «Ich denke, wir werden diese Krise gemeinsam durchlaufen.» Die Aussagen Maudets, der vor gut einem Jahr noch offizieller Bundesratskandidat der FDP gewesen war, stiessen bei nationalen FDP-Politikern auf blankes Unverständnis. Einen Rücktritt schloss Maudet am Mittwoch jedoch aus. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen.

«Starkes Zeichen»

Gössi bezeichnete den einstimmigen Entscheid des FDP-Vorstands zwar als «starkes Zeichen», doch der FDP Schweiz sind die Hände gebunden. Sie hat keine Handhabe, Maudet aus der Partei auszuschliessen. Falls der Regierungsrat der Forderung tatsächlich nicht nachkommt, ist die FDP-Präsidentenkonferenz am Zug. Die Präsidenten der Kantonalparteien können bei der FDP Genf einen Parteiausschluss Maudets beantragen. Diese muss dann darüber befinden. Die Präsidenten treffen sich am 11. Januar zur nächsten ordentlichen Sitzung. Ob ein rascheres Handeln angezeigt ist, liess Gössi offen.

Die unbefriedigende Situation, in der sich die FDP Schweiz befindet, möchte Ständerat und Vorstandsmitglied Andrea Caroni ändern. Er schlägt vor, die Statuten so zu ergänzen, dass auch die nationale FDP Parteiausschlüsse vornehmen kann. Mitglieder der Kantonalparteien sind nämlich automatisch auch Mitglied der FDP Schweiz.

Forscher stolz auf Designer-Babys

Weitere Schwangerschaft bekanntgegeben

Der chinesische Forscher He Jiankui verteidigt die Geburt von zwei genmanipulierten Mädchen. Er ist sich keiner Überschreitung ethischer Grenzen bewusst.

STEPHANIE KUSMA UND LENA STALLMACH

He Jiankui hat sich am Mittwoch in die Höhle des Löwen begeben und an einem Kongress an der Universität Hongkong Stellung zu seiner wissenschaftlichen Arbeit genommen. Gleich zu Beginn entschuldigte er sich dafür, dass seine Experimente schon über die Medien publik geworden sind. Aber offensichtlich steht der Wissenschaftler hinter seiner Arbeit, die zur Geburt zweier genveränderter Zwillingmädchen diesen Monat in China führte. Er scheint sich keiner ethischen Grenzüberschreitung bewusst zu sein. Sein Ziel war, die Kinder mithilfe einer Genveränderung gegen eine Infektion mit dem HI-Virus immun zu machen. Gelungen ist dies offenbar nur bei einem der Geschwister.

Die Identität der Mädchen, auf deren Geburt er laut eigenen Aussagen «stolz» ist, ist weiterhin geheim, und eine ganze Reihe weiterer Fragen bleibt ebenso offen. Allerdings gab He auf direkte Nachfragen eine weitere Schwangerschaft zu, die im Rahmen seiner Experimente eingeleitet worden war, die sich aber offenbar noch in einem sehr frühen Stadium befindet. Er nannte sie eine «potenzielle Schwangerschaft». Weitere Implantationen von Embryonen hat er aber offenbar vorerst sistiert.

«Unverantwortlich»

An dem Treffen an der Universität Hongkong geht es um Genveränderungen am Menschen. Experten diskutieren dort Fragen zu Ethik und Regulierung solcher Forschung, berichten über ihre Untersuchungen und besprechen wissenschaftliche Fragestellungen. Es ist ein Treffen führender Forscher auf dem Gebiet der Erbgut-Editierung; die meisten von ihnen stehen Genveränderungen grundsätzlich eher positiv gegenüber. Die Experimente von He Jiankui stossen jedoch auf scharfe Kritik. Denn laut dem wissenschaftlichen Konsens ist diese Form der Genterapie an Embryonen zwar erforschenswert, ihr klinischer Einsatz aber noch viel zu früh. Erste Versuche sollten streng reguliert und unter der Aufsicht unabhängiger Forscher durchgeführt werden, lautet eine Forderung.

Als «unverantwortlich» geisselte David Baltimore vom California Institute of Technology, einer der Organisatoren der Veranstaltung, deshalb auch Hes Vorgehen. Erst wenn es einen breiten wissenschaftlichen Konsens darüber gebe, dass ein solcher Eingriff sicher sei, seien klinische Anwendungen denkbar. Offenbar wusste in der Wissenschaftsgemeinde abgesehen von Hes engsten Mitarbeitern niemand von den Plänen, genveränderte Babys austragen zu lassen. Aufgrund dieser fehlenden Transparenz sei auch die Selbstregulierung innerhalb der Wissenschaftsgemeinde gescheitert, kritisierte Baltimore.

Hes Vortrag an der Universität Hongkong war zwar angekündigt, aber auch die Organisatoren des Treffens wussten nichts von der Geburt der Zwillinge. Diese wollte der Forscher offenbar erst später an einem wissenschaftlichen Kongress vorstellen. Die Nachricht über Hes Vorgehen, die im Vorfeld des Hongkonger Treffens durchgesickert war, dürfte von dort anwesenden Forschern als Schlag ins Gesicht empfunden worden sein. Deshalb bat der Vorsitzende der Vortragsreihe auch explizit darum, He Redefreiheit zu gewähren. Tatsächlich blieb die Diskussion höflich. Doch die Kritik war deutlich aus den Fragen herauszuhören.

Versuche selbst finanziert

Zweifel an der Existenz der Mädchen äusserte jedoch niemand, obwohl die Ergebnisse bisher nur von He kommuniziert wurden und keine offiziellen Belege oder Publikationen dazu existieren. Finanziert wurden die Forschungen offenbar von ihm privat. Noch ist unklar, ob der promovierte Physiker mit Jahrgang 1984 legal handelte. Die chinesischen Behörden haben eine Untersuchung der Vorgänge angeordnet.

He experimentierte laut eigenen Angaben zuerst an Mäusen, dann an Makaken. Nach Verfeinerung seiner Methode zur Genveränderung ging er zu menschlichen Embryonen über. Nicht ganz klar ist weiterhin, wie viele Eizellen genau entnommen und verwendet wurden. An der Studie beteiligt waren laut He ursprünglich acht Paare, von denen sich eines zurückgezogen habe. Offenbar existieren neben den bereits implantierten (und teilweise ausgetragenen) Embryonen noch weitere, auch nicht veränderte.

Laut Hes Untersuchungen zeigen sich im Erbgut der Zwillingmädchen keine unerwünschten Effekte der Veränderungen. Er betonte trotzdem mehrfach, dass die Kinder bis zum 18. Lebensjahr unter medizinischer Beobachtung bleiben sollen. Auf konkrete Fragen, beispielsweise zu seinen Plänen zum psychologischen Monitoring der Kinder, blieb er allerdings vage. Fragwürdig erscheint auch, wie der Forscher das Einverständnis seiner Probanden eingeholt hat. So waren an diesem Prozess offenbar keine unabhängigen, in diesen Fragen geschulten Fachleute beteiligt. Dabei sollte dies speziell in dermassen heiklen Fällen sichergestellt sein.

Trotz allen kritischen Fragen wirkte He selbstbewusst. «Die Vorwürfe, die aus den Fragen nach seinem Vortrag herauszuhören waren, nämlich dass sein Vorgehen verantwortungslos, verfrüht, überhaupt nicht mit der Wissenschaftsgemeinde abgesprochen und völlig intransparent sei, liessen ihn ungerührt», schildert die Medizinerin Bettina Schöne-Seifert von der Universität Münster ihren Eindruck. Wie sich die postulierte Existenz der gesunden Zwillinge auf die weitere Entwicklung dieser Forschung auswirken wird, ist unklar. Die Organisatoren des Treffens in Hongkong äusserten jedoch die Hoffnung, dass dieser Fehltritt eines Einzelnen nicht das ganze Feld diskreditieren wird.